Pfund's Milch-Seife
aus reiner, bester Kuhmilch.
Bade-, Kinder- u. Familienseife
macht die Haut weich und zart.
Dresdner Molkerei
Gebr. Pfund.

Dresdner Nachrichten

Julius Beutler, Dresden, Wallstr. 15,
empfiehlt in grösster Auswahl:
Eiserne Oefen und **Herde, Haus-, Küchen-** und **Landwirthschafts-Geräthe.**

39. Jahrgang. Dresden, 1894.

Hugo Borack
Hoflieferant.
Altmarkt, Seestrasse 1.
Filiale: **Marienstrasse 15**
(Eingang: Antonsplatz).
Oschatzer Filzschuhe und **Pantoffeln**
von
Ambrosius Marthaus.
Kameelhaar- und **wollene Schlafdecken**
in einfarbig und bunt.

C. Heinrich Barthel
Putz- und Modewaaren-Haus
Walsenhausstrasse 30.
Eigene Filzhutfabrik. Neueste Modelle.

Julius Schädlich
16 Am See 16.
Kerzen-Kronleuchter,
Petroleum-Lampen.

„Faulenzer" **Fauteuils,** jede Lage selbstthätig annehmend.
Rohrstühle jeder Holzart und Form.
Paul Koppel, Fabrik sächs. Möbel zu **Dresden, 39 Pirnaischestrasse 39.**

Solide, elegante deutsche und **englische Tuchwaaren**
empfiehlt in grossartigster Auswahl billigst **C. H. Hesse, 20 Marienstrasse 20, Ecke Margarethenstrasse** (3 Raben).

Nr. 272. **Sonnabend, 29. September.**

Spiegel: Aktionsprogramm des Kaisers und Graf Caprivi. Hofnachrichten, Stadtverordnetensitzung, Internationale Ausstellung, Dresdner Gastwirthe, Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte.

An die geehrten Leser!

Bei der bedeutenden Auflage der „Dresdner Nachrichten" ist es nothwendig, die Bestellungen auf das

vierte Vierteljahr 1894

bei dem betreffenden Postamte baldigst bewirken zu wollen, da andernfalls auf ungestörte Fortlieferung bez. rechtzeitige Neulieferung des Blattes nicht gerechnet werden könnte.

Die Bezugsgebühr beträgt bei den Kaiserl. Postanstalten im Deutschen Reichsgebiet **vierteljährlich 2 Mark 75 Pf.,** in Oesterreich-Ungarn **2 Fl. 53 Kr.** und im Auslande **2 Mark 75 Pf.** mit entsprechendem Postzuschlage.

Alle Postanstalten im Deutschen Reiche, in Oesterreich-Ungarn und im Auslande nehmen Bestellungen auf unser Blatt an.

Für **Dresden** nimmt die unterzeichnete Geschäftsstelle während der Dienststunden Bestellungen auf das nächste Vierteljahr zum Preise von **2 Mark 50 Pf.** (einschließlich Bringerlohn) entgegen.

Neu- und **Abbestellungen,** sowie die Anzeigen über erfolgte **Wohnungsveränderungen** in Dresden, wolle man entweder **persönlich** anbringen oder **schriftlich** — nicht durch Fernsprecher — an die Geschäftsstelle gelangen lassen.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten",
Marienstraße 38, Erdgeschoß.

Politisches.

Unter dem nachhaltigen Eindrucke der kraftvollen kaiserlichen Willenskundgebungen bricht sich in nationalen Kreisen mehr und mehr die Ueberzeugung Bahn, daß das Aktionsprogramm, das Kaiser Wilhelm in seinem wiederholten energischen Aufruf zur Sammlung zum Kampf gegen die Umsturzparteien in seinen Grundlinien vorgezeichnet hat, eines starken einheitlichen Willens bedarf, der es mit thatkräftiger Entschlossenheit, die vor keinem Hindernisse zurückbebt, zur Durchführung bringt. Der kräftigen, selbstbewußten Initiative des Monarchen muß eine nicht minder starke Exekutive entsprechen. Die Haltung der regierenden Kreise in Berlin läßt aber nicht erwarten, daß ebenso lebhaft und entschieden wie die Willensimpulse und Worte des Kaisers auch die ausführenden Thaten sein werden, zu denen nunmehr seine Rathgeber berufen sein sollten. Mit Recht wird in nationalen Blättern auf den unverkennbaren Gegensatz verwiesen, der zwischen den machtvollen kaiserlichen Willensmeinungen und dem Verhalten der Regierung und deren publizistischen Organen obwaltet, denen die Aufgabe zugewiesen ist, die politischen Maßnahmen des neuen Regiments, das der Kaiser durch seine Kundgebungen angebahnt hat, einzuleiten und vorzubereiten. In der That sind das Schweigen, in das sich die Regierung hüllt, und die energielosen und verschwommenen, wenn auch in aufdringlich belehrendem Tone gehaltenen Raisonnements der offiziösen Presse nur geeignet, die Wirkung der entschlossenen Worte des Kaisers abzuschwächen, und man kann die Vermuthung nicht abwehren, daß die Beharrlichkeit, mit welcher der amtliche Reichsanzeiger die Thorner Ansprache todtschweigt, auf einen gewissen passiven Widerstand zurückzuführen ist, der dem neuen kaiserlichen Programm an derjenigen leitenden Stelle entgegengesetzt wird, der das Regierungsorgan unterstellt ist. Es ist daher begreiflich, daß die auch von dem Fürsten Bismarck vertretene Auffassung an Boden gewinnt, der Kaiser habe sich thatsächlich durch seine Thorner Ansprache an die Spitze der Opposition gestellt, derjenigen Opposition, welche, wie die „Schlesische Zeitung" richtig bemerkt, bereits lange in allen nationalgesinnten Schichten des Volkes theils in vernehmlichen Klagen sich Luft macht, theils als verborgen glimmender Funke der Unzufriedenheit und Mißstimmung sich gegen die schwächliche, das nationale Empfinden nicht genügend berücksichtigende Politik des „neuen Kurses" richtet. Die öffentliche Meinung wird völlig im Unklaren darüber gelassen, ob sich die Auffassung des Trägers der Krone mit der Ansicht seines höchsten verantwortlichen Rathgebers noch deckt. Der Verdacht, daß im Schooße der Berliner Regierung innere Gegensätze und Widersprüche noch immer keine Ausgleichung erfahren haben, gewinnt neue Nahrung und verdichtet sich zu allerhand Krisengerüchten.

Gleichviel ob derartige Gerüchte zur Zeit begründet sind oder nicht, jedenfalls drängt sich angesichts der neuesten Wandlung der inneren Politik, wie sie durch die kaiserlichen Kundgebungen inaugurirt ist, die wichtige Frage auf, ob insbesondere der jetzige verantwortliche Leiter der Reichspolitik die geeignete Persönlichkeit ist, das neue kaiserliche Programm in die Wirklichkeit umzusetzen. Die unerläßliche Voraussetzung der Verwirklichung dieses Programms ist die Sammlung aller staatserhaltenden, nationalen und monarchischen Parteien. „Alle, Mann an Mann", lautet der Appell des Kaisers, „müssen geschlossen wie eine Phalanx zusammenstehen gegen die Parteien des Umsturzes." Das ist aber nur möglich, wenn die Regierung im Kampf gegen die Umsturzmächte den bürgerlichen Parteien mit einem bestimmten, zielbewußten, planmäßigen Aktionsprogramm vorangeht. Von einem solchen Regierungsprogramm sind gegenwärtig nicht einmal die ersten Ansätze vorhanden. Ein offiziöses Blatt weist soeben noch darauf hin, daß der Reichskanzler zwar Maßregeln zur Abwehr gemeingefährlicher Agitationen nicht grundsätzlich abweise, daß er aber den Nachweis verlange, daß solche Maßregeln wirksam und durchführbar seien. Ist dem wirklich so, so muß man allerdings der höchsten Verwunderung darüber Ausdruck geben, daß der erste Berather der Krone dem Programm des Kaisers völlig nach wie vor rathlos gegenübersteht, daß er nicht weiß, wie er die Worte seines allerhöchsten Herrn in Thaten umsetzen soll. Der feste Kern jener Phalanx gegen die Sozialdemokratie war in dem alten Bismarck'schen Kartell gegeben. Das ureigene Werk des Grafen Caprivi ist es aber gewesen, dieses Kartell durch seine Politik zu Nichte zu machen, die sich beständig auf wechselnde Majoritäten und besonders auf diejenigen Parteien stützte, die allezeit die unversöhnlichen Gegner jenes Kartells gewesen waren. Durch die Caprivi'sche Politik ist eine Zersetzung und Verhetzung der nationalen Parteien zu Wege gebracht worden, die schließlich in einen Krieg Aller gegen Alle ausgeartet ist. Die Vergangenheit des heutigen Reichskanzlers bietet nicht die ausreichende Gewähr, daß unter seiner Führung die hauptsächlich durch seine schweren taktischen Fehler vernichtete Einigkeit und Einheit unter den nationalen Parteien wiederhergestellt werden könnte.

Keine der ehemaligen Kartellparteien hat daher auch das zuversichtliche Vertrauen, daß Graf Caprivi im Stande sein werde, das Banner der kräftigen antisozialistischen Kaiserpolitik entschlossen aufzupflanzen und um dieses Banner die staatserhaltenden Elemente zu sammeln und zum Siege zu führen. Man wird, schreibt die „B. B.-Ztg.", „bevor der eigentliche Kampf eröffnet wird, unmöglich eine ernste Prüfung der Frage umgehen können, ob der zeitige Inhaber der einzigen verantwortlichen Stelle jenes Maß von allgemeinem Vertrauen genießt, welches die erste Vorbedingung für eine rückhaltlose Gefolgschaft im Kampfe für Religion, Sitte und Ordnung bildet. Graf Caprivi selbst wird sich der Verpflichtung einer minutiösen Selbstprüfung in dieser Richtung nicht enthoben fühlen können, und wir denken hoch genug von der absoluten Ehrenhaftigkeit des Reichskanzlers, daß wir annehmen, er werde die Entdeckung eines Mankos, das die Chancen des Sieges der Krone und der Ordnungsparteien gefährden könnte, ohne das geringste Zaudern mit dem Opfer seiner Person und Stellung wett machen. Das Gegentheil ist geradezu undenkbar und müßte verhängnißvoll für Volk und Vaterland werden. Was bedeutet eine Personenfrage gegenüber einer Entscheidung, bei der die ganze Zukunft der Nation in Frage kommt? Freilich wird Graf Caprivi zur Grundlage jener Selbstprüfung nicht eine Anschauung machen dürfen, welche in dem Kanzler des Reiches einzig und allein einen politischen Exekutivbeamten der Krone erblickt; er wird sich vielmehr seiner Stellung als der des ersten Rathes der Krone bewußt sein müssen. Er wird sich sagen müssen, daß Alles, was die Anschauungen des Radikalismus über seine Politik förderte, ihm im gleichen Maße das Vertrauen Derjenigen entfremden mußte, auf deren Unterstützung er in dem Kampfe für Religion, Sitte und Ordnung angewiesen sein würde. Wenn Graf Caprivi am Ende einer nach allen diesen Richtungen hin angestellten ernsten Selbstprüfung den positiven Fonds des ihm zu Gebote stehenden allgemeinen Vertrauens noch groß genug erachtet, um für den bevorstehenden gewaltigen Kampf die Bezeichnung eines „Bannerträgers der Nation", mit der einst Kaiser Wilhelm II. den Altreichskanzler ehrte, für sich in Anspruch zu nehmen, dann erst mag ihrerseits die Nation der Prüfung näher treten, welche Stellung sie selbst in dieser eminenten „Vertrauensfrage" einzunehmen hat". Aehnlich, wenn auch etwas zurückhaltender bezüglich der Personenfrage, äußert sich die „Nationalzeitung", die es für unerläßlich erklärt, daß eine solidarische Politik und Regierung sich herausbilde, daß die bisherige Zerfahrenheit ein Ende habe, daß in den wichtigen Tagesfragen eine Politik festgestellt werde, welche in Preußen von der Krone und dem Staatsministerium, so weit es sich aber um Reichsangelegenheiten handelt, von diesen beiden Faktoren, ferner dem Kanzler und den Bundesregierungen in voller Uebereinstimmung vertreten wird. „Das ist unseres Erachtens", resumirt das nationalliberale Organ, „so sehr das erste Erforderniß der Lage, daß wir, überzeugt von der Nothwendigkeit gesetzgeberischer Eindämmung der Umsturzbestrebungen, doch einem halben und mattherzigen Eingehen hierauf seitens einer uneinigen Regierung, sogar noch den Versuch einer solidarischen und zielbewußten Regierung, es mit der energischen Anwendung vorhandener Mittel zu versuchen, vorziehen würden. Denn die gefährlichste Ermuthigung aller Feinde des Staats und der Gesellschaft liegt in dem Eindruck der Rathlosigkeit und Unentschlossenheit, der in den letzten Monaten obwaltete."

Weit schärfer ist das Mißtrauensvotum, welches das „Deutsche Wochenblatt" dem Grafen Caprivi aus Veranlassung der kaiserlichen Willenskundgebungen ertheilt. Niemand, führt das freikonservative Blatt aus, achte heute mehr auf die persönliche Meinung des Reichskanzlers. Er sei schon während seiner Amtsthätigkeit ein halbvergessener Mann. Man habe in den politischen Kreisen Deutschlands aufgehört, mit der Persönlichkeit des leitenden Ministers zu rechnen. Der Kaiser habe mit dem neuen Kurs und der verfehlten Polenpolitik in der Thorner Rede gründlich aufgeräumt. Der Kaiser vertrete die Hammerpolitik, der neue Kurs des Grafen Caprivi willige in die Ambospolitik. Die Rede des Fürsten Bismarck nach der Thorner Rede habe die Brücke gebildet zwischen dem Monarchen und der „königlichen Opposition". Der Tag werde kommen, wo die Männer, die in Königsberg vom Hoflager ferngehalten wurden, vom König ebenso eine Genugthuung erhalten wie Fürst Bismarck bei seinem Berliner Besuch. Die Thorner Rede habe den Unterschied zwischen der kaiserlichen Politik und der Politik des neuen Kurses des Grafen Caprivi offenkundig gemacht. Ein größerer Gegensatz sei nicht denkbar.

Möge endlich der Wunsch in Erfüllung gehen, mit dem der Altreichskanzler seine letzte unvergeßliche Rede geschlossen hat und der schon lange von der öffentlichen Meinung, insoweit sie den nationalen Gedanken vertritt, getheilt wird: Gott gebe dem Kaiser Räthe und Diener, die bereit sind und uns diese Bereitwilligkeit zeigen, im Sinne des kaiserlichen Programms zu handeln.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 28. September.

Berlin. Das 12. (Königl. Sächs.) und das 4. Armeekorps, welches aus der Provinz Sachsen, Anhalt und den thüringischen Staaten zusammengesetzt wird, werden im nächsten Jahre, wie verlautet, vor dem Kaiser gemeinsam ihre Herbstübungen abhalten. Als Operationsfeld ist die Gegend zwischen Leipzig und Halle gedacht. Die Aufnahme des Terrains soll bereits erfolgt sein.

Berlin. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht die anläßlich der Anwesenheit des Kaisers bei den großen Herbstübungen des 1. und 17. Armeekorps erfolgten Auszeichnungen an Offiziere u. s. w. Der kommandirende General des 17. Armeekorps, Lentze, erhielt das Großkreuz des Rothen Adlerordens mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe, der kommandirende General des 1. Armeekorps, v. Werder, den Rothen Adlerorden 1. Klasse mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe. — Der Neubau des neuen preußischen Abgeordnetenhauses soll bereits 1896 fertiggestellt werden, um alsdann bezogen werden zu können. Es wird deshalb auch davon abgesehen, das Abgeordnetenhaus provisorisch im alten Reichstagsgebäude unterzubringen. — Einem Meister des Feuerwerks-Laboratoriums in Spandau wurde vor einiger Zeit eine Liste gestohlen, welche die Namen derjenigen Arbeiter enthielt, die entlassen werden sollten, wenn bis zu einem bestimmten Termin größere Bestellungen nicht einlaufen würden. Bei einzelnen Namen hatte der Meister zur Begründung seines Vorschlags die Bemerkung gemacht: „Minder geschickt". Der „Vorwärts" veröffentlicht nun die gestohlene Liste mit den üblichen Ausfällen gegen den Staatsbetrieb. Wie der „Staatsanzeiger" mittheilt, ist von den in der Nachweisung aufgeführten Arbeitern überhaupt keiner entlassen worden, da inzwischen größere Bestellungen eingelaufen waren. Das amtliche Blatt bemerkt noch: Daß bei nothwendiger Einschränkung des Betriebes Arbeiter entlassen werden müssen, wird sich nirgends vermeiden lassen, ebenso ist es doch erklärlich, daß man die leistungsfähigeren Arbeiter behält und die minder geschickten entläßt, falls nicht besondere Umstände zu ihren Gunsten sprechen. Thatsächlich sind auch solche Arbeiter, welche länger als 5 Jahre im Feuerwerkslaboratorium thätig waren und eine größere Zahl Kinder hatten, nicht entlassen worden. Die dem Meister gestohlene Nachweisung enthält ferner den Vermerk, daß, falls die Entlassung nothwendig werden sollte, den Betreffenden 6 Wochen vorher davon Kenntniß gegeben werden solle, damit sie sich anderweitig nach Arbeit umsehen könnten. Dieser Termin war mit Rücksicht darauf gewählt, daß gerade zu dieser Zeit eine größere Anzahl Arbeiter in einer Privatwaffenfabrik gebraucht wurden, wo den Betreffenden durch Fürsprache der Direktion ein Unterkommen verschafft werden konnte.

Berlin. Die Verhaftung einiger Berliner Pferdehändler in der Wucher-Affaire Ehrlich und Genossen auf Veranlassung der Dresdner Staatsanwaltschaft erregte seinerzeit großes Aufsehen. Da gegen die Genossen nicht genügendes Belastungsmaterial gefunden wurde, so mußten sie freigelassen werden, und nur gegen Ehrlich wurde Anklage erhoben. Der Angeklagte hatte an drei Schüler einer Offizierspresse 15,000 M. auf Wechsel und Ehrenwort geliehen. Die jungen Leute mußten sich verpflichten, statt baares Geld drei Pferde und zwei Wagen mit in Zahlung zu nehmen, wofür ihnen 10,000 M. berechnet wurden, die aber nur 5000 M. werth waren. Einer der Geldnehmer konnte den Wechsel nicht bezahlen, worauf Klage gegen ihn erhoben wurde. Das Gericht wies diese aber zum Theil ab. Darauf wandte sich Ehrlich an den Beklagten mit dem Ersuchen, er soll ihm einen Wechsel über 12,700 M. als Entschädigung für seinen Verlust ausstellen, dann gäbe es wieder neuen Pump. Darauf ging der Unerfahrene denn auch ein. Er erhielt aber für die 12,700 M. und für zwei andere Wechsel über 1000 und 1600 M. nur 200 M. baar ausgezahlt. Da erhob endlich die Staatsanwaltschaft Anklage. Der Gerichtshof erkannte auf Schuldig und verurtheilte Ehrlich zu 8 Monaten Gefängniß, 1500 M. Geldstrafe und 3 Jahren Ehrverlust.

Hamburg. Aufsehen erregt hier das Verschwinden des Kassirers der Volksbank.

Wilhelmshaven. Zum Flaggschiff der Kreuzerdivision ist nach neuester Anordnung der Kreuzer „Irene", nicht „Gefion", bestimmt worden.

Wiesbaden. Ein Fabrikant aus Rheydt Namens Kohlenberg, welcher auf einer Geschäftsreise begriffen war, gerieth, als er auf einer Station der Westerwaldbahn auf den im Gange befindlichen Zug sprang, unter die Räder und wurde sofort getödtet.

Gera. Die Strafkammer des hiesigen Landgerichts verurtheilte heute den praktischen Arzt und Impfagenten Dr. Böhm in Friedrichsrode wegen wissentlich falscher Impferfolgbescheinigungen zu 2 Monaten Gefängniß.

Thorn. Der Sekundaner Schulz wurde wegen zweifacher Majestätsbeleidigung und Diebstahls zu 5 Monaten Gefängniß verurtheilt.

Darmstadt. Die auf heute festgesetzte Ankunft des Großfürsten-Thronfolgers ist abermals verschoben worden, weil der Thronfolger den Kaiser Alexander auf der Reise nach der Krim begleiten wird.

Wien. Der Kongreß des Vereins für Sozialpolitik wurde heute eröffnet. Die Minister Plener, Bacquehem und Madeyski wohnten der Versammlung bei. Plener wurde zum Vorsitzenden gewählt. Den ersten Vortrag hielt Professor Bücher-Leipzig über Kartelle. — Der Naturforscherkongreß ist heute geschlossen worden.

Budapest. In der gestrigen Sitzungskonferenz verlas der Fürstprimas Kardinal Vaszary ein Schreiben des Papstes von Ende Juli, in welchem der Papst den ungarischen Episkopat auffordert, nur eine Aenderung des Gesetzes über die Religion der Kinder anzustreben, im Uebrigen sei die kirchenpolitische Reform aber zu dulden. Der Episkopat dürfte infolgedessen die Gesetzesnovelle über die Religion der Kinder im Sinne des päpstlichen Wunsches im Magnatenhause unterstützen, sich den übrigen Gesetzentwürfen gegenüber aber ablehnend verhalten. Nur bei dem Gesetz über die Aufnahme der Israeliten wird er ein Verbot des Uebertritts zum Judenthum beantragen. Im Fall, daß dieser Au-

Friedrich & Glöckner empfehlen streichrechte Schnelltrocken-Firniss- und Lackfarben, ausgewogen nur in unseren Detail-Geschäften: **Zwingerstrasse 15; Schäferstrasse 12; Löbtau: Tharandterstrasse 4.**